

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

DIE LINKE freut sich über Mitgliederzuwachs. Was neue Mitglieder bewegt, warum sie der Partei beigetreten sind, und was sie von ihr erwarten, dazu erfahren wir einiges von Hartmut Koch, einem der seit 2008 in der LINKEN aktiv ist. Seite 2

„Wenn ich hierher komme, geht ein Traum in Erfüllung.“ So beschreibt Sally Perel seine Gefühle, wenn er in Deutschland, seinem Vaterland, zu Besuch ist und vor allem jungen Menschen von seinem Schicksal erzählen kann Seite 3

Die Jugendseite - die 14. in Folge - mit den Themen: Kein Raum für Nazis / N wie Neoliberalismus / Enteignung oder bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps Seite 7

Nach Landesparteitag und Hauptversammlung - Von Norbert Seichter -

Die dritte Tagung des 1. Landesparteitages fand am 11. Oktober statt. Der Leitantrag des Landesvorstandes „Starke Bezirke für ein starkes Berlin“ wurde nach intensiver Debatte mit nur einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen angenommen. Diese Tagung und ihre Vorbereitung steht beispielhaft für die Mitwirkung aller Bezirke, ihrer Vorstände, Delegierten, Fraktionen, KommunalpolitikerInnen und Abgeordneten. Ich kann mich an keinen Landesparteitag erinnern, der so langfristig und so breit unter Einbeziehung der genannten Ebenen vorbereitet worden ist, wie dieser. In die Entscheidungsvorbereitung und die Diskussion sind die jahrelangen Erfahrungen in der kommunalen Arbeit vor Ort eingeflossen, auch unsere aus Marzahn-Hellersdorf. Deshalb hat der Beschluß ein großes Gewicht, und um es gleich vorweg zu sagen, mit ihm ist ein Verhandlungsauftrag verbunden. Was von dem Beschlossenen umgesetzt werden kann, wird Ergebnis eines Aushandlungsprozesses mit dem Koalitionspartner SPD sein. Mit dem beschlossenen Leitantrag profiliert sich die LINKE in Berlin politisch und kommunalpolitisch weiter. Für mich ist das auch ein Ausdruck dafür, dass jahrelange kommunalpolitische Verantwortung und damit Erfahrung in den Bezirken erst ermöglicht, die Spiel-

räume in der Landespolitik auszuweiten und dafür zu sorgen, dass sich die Bedingungen dort zum Besseren verändern, wo die Bürgerin, der Bürger Beratung und Leistungen des Staates in Anspruch nimmt, in seinem Bezirk. Es bestand in der Diskussion Einigkeit darin, dass sich die Rahmenbedingungen, auch bestimmt durch die Haushaltssituation in den

wir uns gemeinsam für ein gerechtes und solidarisches Finanzmodell ein. Wir wollen, dass Berlin eine lebenswerte Stadt ist. Dazu gehören gleichwertige Lebensbedingungen in allen Berliner Bezirken. Darum sollen die Haushaltsrisiken für gesetzliche Pflichtleistungen, wie beispielsweise den Hilfen zur Erziehung, zum Leben oder zur Pflege in Zukunft nicht mehr bei den Bezirken liegen. Kinder brauchen wohnortnahe und funktionsfähige Schulen. Genügend Investitionsmittel und Mittel für die bauliche Unterhaltung sind dafür eine notwendige Voraussetzung. Die Bezirke erfüllen nicht nur gesetzliche Pflichtleistungen, sie sollten auch nicht darauf reduziert werden. Die Bezirke sind für die Menschen vor Ort da und ermöglichen wichtige kulturelle und soziale Angebote. Dazu gehören insbesondere Bibliotheken, Musikschulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportplätze, Grünflächen sowie (eine) öffentliche Kultur. Die Bezirke dürfen für die nicht von ihnen beeinflussbaren Risiken nicht weiter in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt werden. Die nicht von ihnen verursachten Altschulden



Bezirken verschlechtert haben. Immer mehr Bezirke geraten in die „Schuldenfalle“, müssen dann konsolidieren, d. h. aus den jährlichen Haushalten Mittel zurückzahlen. Das führt zu weiteren Einsparungen in allen Bereichen, wir in Marzahn-Hellersdorf können davon ja ein garstiges Lied singen. In einer Erklärung der haushaltspolitischen SprecherInnen der Linksfraktionen der Bezirksverordnetenversammlungen, die den Delegierten vorlag, findet man Positionsbestimmungen, der beschlossene Leitantrag entspricht ihnen weitestgehend.

Es heißt dort: „Berlin braucht seine Bezirke“ und weiter: „Wer Bezirke will, muss sie finanziell gerecht ausstatten. ...Darum setzen

Fortsetzung auf Seite 3

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Hartmut Koch / Petra Pau: DIE LINKE wird verdammt, die Rechte hofiert

Seite 3:

Bei anderen gelesen: Finanzsenator Sarrazin tourte durch Marzahn

Seite 4:

Marzahner Rathaus denkmalwürdig

Seite 5:

Gegen den Vertrag von Lissabon

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Kuba braucht Hilfe

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Zur Person: **Hartmut Koch** Nicht tauglich ...

... fürs diplomatische Corps, aber offen für jeden Schlagabtausch, der uns nach vorn bringt

Ziemlich neu in der LINKEN, aber nicht bei den Linken ist Hartmut Koch.

Der gebürtige Thüringer und Hobbyfotograf lebt seit 1974 in Berlin. Seit 2006 ist der Inhaber zweier Ausbildungsberufe arbeitend. Zum einen gelernter Krankenpfleger mit Erfahrungen in stationärer Arbeit, beim Rettungsdienst, in der Selbstständigkeit mit eigenem Krankentransport. Zum anderen gelernter Schädlingsbekämpfer, jetzt wieder Ausbildungsberuf. Auf diesem Gebiet will er sich selbstständig machen. Kein eigentliches Problem für das Organisationstalent, wäre da nicht das JobCenter, gegen das Koch seit zwei Jahren kämpft. Ich traf ihn in der Hartz-Sprechstunde des Fraktionsvorsitzenden Klaus-Jürgen Dahler, die nach seiner Meinung noch mehr publik gemacht werden müsste. Er fiel gleich auf, als einer, der sich nicht aufhalten lässt, hinterfragt und keinen Zweifel daran lässt, dass er sich einmischen will. Mit Fragen, Worten, seinen kritischen Bildern und Aktivitäten in der Gesellschaft und innerhalb der LINKEN. „Arbeitslose sind kein gesellschaftlicher Abfall, auf dem man rumtreten kann“, so Hartmut Koch. Häufig fühlen sie sich aber

genau so behandelt. Im Sommer trat er in die LINKE ein, nicht als stilles Mitglied, sondern will sich für kommunale Veränderungen einsetzen und sucht nach aktiven Mitmachmöglichkeiten.

Eine ist das Projekt Bürgerhaushalt in seinem Stadtteil Hellersdorf-Süd. Zum anderen sucht er den Dialog mit Randgruppen, auch vermeintlich rechten. Allein Gelassene

sind Ansprechpartner für die Nazis, so Koch! Insbesondere durch seine Mitarbeit in einem derzeit noch vom Quartiersmanagement geförderten Projekt in der Marzahner Promenade, dem Fotoclub, kam er mit Jugendlichen zusammen und scheut keine Diskussion mit ihnen. „Wir müssen mit ihnen reden, ihre Probleme und Wünsche erfragen, um politisch agieren zu können. Sinnvoll ist es, sich mehr für die kleinen Vereine einzusetzen, in denen



Hartmut Koch Foto: privat

sich Jugendliche sportlich oder anderweitig beschäftigen können. Was unserem Bezirk fehlt, sind weniger Akteure, sondern mehr sinnvolle Aktionen für unsere Zielgruppen“, sagt Koch. Der von der „Arche“ betriebenen Stigmatisierung von Kindern und Jugendlichen, die in der „Arche“ betreut werden, müssen wir entgegenwirken. Ich warte nur noch auf den Tag, an dem sich die Arche-Betreiber den Begriff „Armut“ mit einem Copyright versehen lassen, so Hartmut Koch.

Im Bezirk würde er gern in einer an keine Zwänge gebundenen externen BO mitwirken, in der diskutiert wird, Aktionen geplant und umgesetzt werden. Für diese interessiert sich auch Ralf Jäger, der neue aus der Ausgabe 10/2008.

Sabine Behrens

Fortsetzung von Seite 1

Nach Landesparteitag und Hauptversammlung

müssen vom Land Berlin übernommen werden. Wir brauchen zur Erfüllung der Aufgaben eine sach- und personalgerechte Ausstattung.“ Ich kann in diesem Artikel nicht weiter auf Details des Beschlusses eingehen, er ist auf der Landesseite im Internet einsehbar. Die auf dem Landesparteitag darüber hinaus gefassten Beschlüsse ebenso.

Ja, und dann hatten wir am 19. Oktober unsere eigene Hauptversammlung. Es galt, achzehn Delegierte und weitere Ersatzdelegierte für den neuen Landesparteitag zu wählen, der sich am 6. Dezember konstituiert, auf dem auch der Landesvorstand neu gewählt werden wird. Diese Aufgabe haben wir erfüllt. Klaus Lederer, unser Landesvorsitzender hat zum gehaltenen Landesparteitag und zu aktuellen Fragen, einschließlich der weltweiten Finanzkrise und der Weiterführung unserer Geschichtsdebatte sehr temperamentvoll und qualifiziert argumentiert. Ich habe den Bericht des Vorstandes zur bisherigen Erfüllung unseres Beschlusses der Hauptversammlung vom 19. Januar in Auswertung unserer Mitgliederbefragung gegeben, Klaus-Jürgen Dahler, Fraktionsvorsitzender sprach zur Bilanz unserer Fraktion und Manuela Schmidt zur Arbeit des Bezirksamtes. Kurz gesagt, die erreichten Ergebnisse sind positiv, es bleibt aber noch vieles zu tun. Uns halten aktuelle Aufgaben in Atem, die Haushaltsproblematik und anderes mehr. Hier schließt sich der Kreis zum Landesparteitag. Dennoch: Der Beschluss vom Januar, das hat die Arbeit seither bewiesen, ist in all seinen Aufgabenstellungen aktuell und muss Stück für Stück mit Leben erfüllt werden.

Hervorheben will ich zum Schluss, dass mit der ersten Zusammenkunft von 18 Mitgliedern der SPD und 16 der LINKEN am 29.9., die in gemeinsam gebildeten acht thematischen Arbeitsgruppen zusammenarbeiten, eine neue Qualität in der Zusammenarbeit unserer beiden Parteien erreicht wurde und künftig möglich ist. Unübersehbar gibt es Differenzen, aber genau so deutlich sind Gemeinsamkeiten, wie sie bereits in der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene festgeschrieben sind.

Petra Pau (MdB):

Nun hat es der Markt gerichtet

Wie sich die Bilder gleichen, und die Fehleinschätzungen. Im Wahlkampf 2002 war mein Standard-Credo: „Wir müssen den Binnenmarkt stärken!“ Dasselbe hatte ich 2005 gepredigt: „Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne und gute Renten!“ Stets wurde ich von meinen Konkurrenten verlacht. Ich sei naiv, hieß es, und ich habe die Gesetze der Globalisierung nicht verstanden.

Die Gesetze der Globalisierung? Ja, welche denn? Wer schrieb sie und was besagen sie? Das Schlimme ist doch, dass es überhaupt kein Regelwerk der Globalisierung gibt. Das Einzige, was jahrelang galt, hieß: Der Markt wird es schon richten. Die Politik störe bei alledem nur.

Im Fachjargon nennt man das Neoliberalismus. Die FDP war ihm zuerst verfallen, dann folgten die CDU/CSU, später die SPD und auch die Grünen. Zielstrebig und erfolgreich. Das Kapital wurde entfesselt. Der Staat wurde gestutzt. Die Renditen stiegen, die Real-löhne sanken. Und bestdotierte TV-Propheeten, wie Christiansen & Co., okkupierten mit der neoliberalen Heilslehre Woche für Woche alle Wohnstuben.

Nun hat es der Markt gerichtet. Man könnte auch von einer Hinrichtung sprechen. Billionen Euro und Dollar wurden weltweit verbrannt. Die Banken krachen, die Börsen kriseln und plötzlich rufen alle SOS: „Politik hilf!“

Noch vor kurzem wurden alle ins Fegefeuer verdammt, die das Wort „verstaatlichen“ nur in den Mund nahmen. Doch nun macht selbst in gut bürgerlichen Kreisen das böse Wort von der Systemkrise die Runde. Wohl bemerkt: gemeint ist das kapitalistische System.

Der große Bankencrash hat längst die Wirtschaft erreicht. Das ist nicht irgendwer, irgendwo. Das sind der Handwerksbetrieb in Hellersdorf und der Automobilzulieferer in Marzahn. Jene also, die nicht im Finanzcasino zocken, sondern Arbeitsplätze schaffen und Jugendliche ausbilden. Sie müssen gerettet werden. Deshalb fordert DIE LINKE ein staatliches Konjunkturprogramm in Milliardenhöhe. Und gesetzliche Mindestlöhne und gute Renten, denn der Binnenmarkt muss endlich gestärkt werden. Und wenn der Weltmarkt nicht zügig geregelt wird, dann folgt der aktuellen Krise nur die noch größere Krise.

Genau so, wie es Karl Marx seinerzeit prophezeit hatte.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

Aus dem Bezirksvorstand

* Zum Protest gegen die Nazi-Demo am 18. Oktober wurde von unseren Genossinnen und Genossen ein beachtliches Engagement aufgebracht, damit Marzahn-Hellersdorf gegen Rechts präsent ist; hier sind insbesondere Björn Tielebein und Hassan Metwalli genannt. Trotzdem - es fehlte uns noch an Mobilisierungskraft, was eine Angelegenheit der gesamten Partei ist. Wir müssen auch registrieren, dass die Rechten in unserem Bezirk beachtliche ideologische und organisatorische Potenzen haben.

* Probleme des Siedlungsgebietes sind stets Gegenstand der Beratungen. Bezirksvorstand und Fraktion haben im Rahmen der Klausur Ende August die Erarbeitung einer „Konzeption für das Siedlungsgebiet“ vereinbart. In ihr sollen auf die aktuellen politischen und sozialen Bedingungen Antworten gesucht werden.

* Die Vorbereitung der Hauptversammlung am Sonntag, 19. Oktober nahm großen Raum in der Arbeit des Bezirksvorstandes ein. Die Hauptfragen der Tagung waren termingemäß und zuverlässig vorbereitet. Der Bericht des Vorsitzenden lag den Delegierten schriftlich vor, wichtige Dokumente wurden den Delegierten mit der Einladung übergeben.

Wenn ich hierher komme, geht ein Traum in Erfüllung

„Er konnte mich verjagen und mich umbringen wollen, aber nie konnte Hitler mir nehmen, dass ich ein Deutscher bin. Ich bin hier geboren und Deutschland ist mein Mutterland - das ist das Emotionale, Israel, mein Vaterland, das Rationale.“

Die Worte von Sally Perel fallen in den Raum und verbleiben dort. Fast hat man den Eindruck, die Jugendlichen halten den Atem an, nur um nicht eins seiner Worte zu verpassen. Sie sitzen in der großen Aula und lauschen aufmerksam der unglaublichen Geschichte des Zeitzeugen, der des jüdischen Jungen, der sich in der Zeit von 1941 bis 1945 - vier Ewigkeiten lang - als Hitlerjunge Salomon in der Haut des Feindes versteckt gehalten hatte und den Holocaust überlebte. Mit warmer Stimme wirbt der sympathische kleine Mann, dem man seine 83 Jahre nicht anmerkt für Menschlichkeit, für die Wahrheit, dafür, dass die jungen Leute



Sally Perel im Gespräch mit einer Schülerin im Anschluss an die Lesung.
Foto: S. Schwarz

* Zu den 1,2 Millionen Euro, die dem Bezirk als Folge eines Fehlers im Bereich von SPD-Stadtrat Komoß verlustig gegangen sind, hat sich der Bezirksvorstand positioniert. Mit Blick auf die 1,2 Millionen Euro wendet er sich gegen jegliches „Kleinreden“. Der Vorstand billigt den politisch sachlichen Umgang unserer Bürgermeisterin und unserer BVV-Fraktion mit dem Problem. Viele unserer Mitglieder stellen sich aber die Frage, wie sich in einer analogen Situation die SPD verhalten hätte, wenn der schuldhaftige Stadtrat von der LINKEN wäre.

* In einer Leserzuschrift des „ND“ v. 14. 10.2008 wird erneut die Frage nach der Albert-Norden-Straße gestellt. Sie sei 1984 nach Albert Norden - dem jüdischen Antifaschisten - benannt worden; die Umbenennung 1992 durch die BVV in Cecilienstraße sei ein beschämender Vorgang. Vom Autor ungenannt bleibt die Rolle von Albert Norden als Mitglied des Politbüros, die auch für die 1992 erfolgte Umbenennung in Cecilienstraße eine Rolle gespielt hat und von der Marzahn PDS unterstützt wurde. Der Bezirksvorstand sieht keinen Anlass für Aktivitäten zur Rückbenennung der Cecilienstraße in Albert-Norden-Straße.

Wilfried Maier

Verrückte Welt, wem gehört das Geld?

Anmerkungen

zur aktuellen Finanzmarktkrise

Für uns Linke bedeutet diese Krise die Bestätigung vieler unserer Positionen und dürfte nun noch mehr Menschen die Augen öffnen, die den Charakter dieses Systems noch als freiheitlich oder demokratisch empfanden. Jedoch sollten wir nicht frohlocken und uns mit Sätzen: „Das haben wir ja kommen sehen“ zurückhalten. Denn dazu ist die Lage zu ernst und gefährlich. Da die Verluste der Casinomanager wie üblich sozialisiert werden, wird diese Krise zuallererst den Normal- und Kleinverdiener treffen. Steigende Preise und eine deutlich höhere Inflation werden noch die geringsten Folgen sein. Eigentlich müsste jeder Bürger, der Probleme hat, seine Nebenkostenabrechnung oder seinen Strom zu zahlen, einen Brief an das Bundesfinanzministerium senden, versehen mit der Forderung, diese zu übernehmen. Gleiches Recht für alle! Wahrscheinlich würden einige Tage später die Männer mit den weißen Jäckchen vor ihrer Haustür stehen. Für mich ist dieses System nicht nur undemokratisch und ungerecht, sondern schizophoren und das ist für den Frieden gefährlich. Vielleicht kann nur noch ein großer Krieg, in welchem viele Militärfahrzeuge gebraucht werden, Chrysler und General Motors auf die Beine helfen. Daher ist eine Krise, welche die reaktionärsten Kreise der USA dazu zwingt, Banken zu verstaatlichen, äußerst besorgniserregend. Nun werde ich mich konkret auf die Überschrift dieses Artikels beziehen. Ein gebetsmühlenartig wiederkehrendes Argument der Befürworter von Kürzungen sozialer Leistungen ist die überbordende Staatsverschuldung. Eine Frage an diese Leute, vom wem leiht sich ein Staat Geld? Natürlich von Banken und zwar genau von diesen Banken, welche vom Staat Geld und Bürgschaften erwarten. Dieses Wechselspiel zwischen Staat und Banken ist zu einer riesigen Umverteilungsmaschinerie gekommen, welche mit Realwirtschaft nicht mehr viel zu tun hat. Ein Staat oder der Wohlstand eines Landes, kann sich nur an der Realwirtschaft seiner Infrastruktur und der Bildung seiner Menschen bemessen lassen. Alles andere ist staatlich gedeckter Betrug an den Menschen, welche durch ihre Arbeit das reale Volksvermögen schaffen.

Michael Borchert

sie jüdische Eltern hatten, wurden eine Million Kinder in den Konzentrationslagern vergast. Ich möchte Euch, die Jugend von heute, impfen mit den Tränen dieser Kinder, damit ihr nicht zulast, dass so etwas jemals wieder passieren kann“

Mit diesem Auftrag hinterlässt er sehr nachdenkliche und betroffene junge Leute. Schnell werden sie sich wieder ihrem jungen Alltag zuwenden, werden lachen, herumalbern, streiten, aber sie werden tief in ihrem Herzen und in ihrem Bewusstsein diese zwei Stunden mit Sally Perel und die Botschaft nicht mehr vergessen können, und das stimmt mich hoffnungsvoll.

Sabine Schwarz, Leiterin AG Pol. Bildung

Faschismus gegen das Jüdische Volk. Er fragte die Schülerinnen und Schüler: „Kann sich irgendjemand seine Eltern wählen? Nur, weil

Ergänzungsplan 2009 beschlossen

Am 23. Oktober berieten die Verordneten in zweiter Lesung abschließend über den Ergänzungsplan 2009. Das Bezirksamt hatte der BVV den von der Senatsfinanzverwaltung für alle Bezirke mit sog. „Altschulden“ geforderten Entwurf am 01. September zur Beratung übergeben. Der Plan sieht einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt vor und enthält darüber hinaus einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 5,6 Mio. Euro.

Vor der Beschlussfassung durch die BVV hatten die Fachausschüsse beraten und ausnahmslos eine Annahme des Planentwurfs empfohlen. Änderungsvorschläge kamen aus dem Jugendhilfeausschuss sowie aus dem Hauptausschuss der BVV. Der Jugendhilfeausschuss stellte einen Prüfauftrag an das Bezirksamt, den Etat für die präventive Jugendarbeit um 160.000 Euro zu erhöhen. Die Linksfraktion hatte zudem den Antrag eingebracht, die Stelle der Verwaltungsleiterin an der Rudolf-Virchow Oberschule wieder einzurichten. Nach intensiver Beratung hatte der Hauptausschuss der BVV die Ablehnung des ersten und die Annahme des zweiten Antrags empfohlen.

In der Debatte sprachen für die Linksfraktion der Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Hauptausschusses, Klaus-Jürgen Dahler,

sowie die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion, Regina Kittler.

Klaus-Jürgen Dahler würdigte in seiner Rede die einheitliche Vorgehensweise des Bezirksamts bei der Planaufstellung, durch die es u.a. gelungen ist, das strukturelle Defizit im Schulbereich in Höhe von ca. 4 Mio. Euro in voller Höhe auszugleichen.

Zugleich verwies er auf Probleme des Planentwurfs, so u.a. die mangelnde Ausstattung des Zentrums für sexuelle Gesundheit, die Mengenreduzierung durch Fallzahlabenkung bei Hilfen zur Erziehung, die Gefährdung präventiver Angebote, die Unterausstattung beim Personal bei der Grünflächenunterhaltung und die Sondertatbestände beim Schulnetz.

Dahler wies zudem ein Schreiben der Senatsfinanzverwaltung vom 23. Oktober zurück, in dem eine Erhöhung der Ansätze in Höhe von 2,5 Mio. Euro gefordert wurde – ohne Vorschlag allerdings, woher dieses zusätzliche Geld zu nehmen sei.

Regina Kittler stellte den Zusammenhang zwischen Ergänzungsplan und der aktuellen Finanz- und Bankenkrise her. Angesichts von Bürgschaften in Höhe von 500 Milliarden Euro für die privaten Banken vermisste Sie

„Ankündigung einer Regulierung durch den Staat“. „Es kann nicht sein“, so Kittler weiter, „dass das Gemeinwohl für das Kapital da sein soll, wenn nicht auch das Kapital für das Gemeinwohl da sein muss!“

Zur gegenwärtigen Debatte um neue Sparpakete durch Finanzsenator Sarrazin sprach sie sich gegen hektisches „Angstsparen“ aus. Sie forderte stattdessen eine aufgabengerechte Finanzmittelausstattung für den Bezirk, die eigene Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume ermöglicht.

Die Abstimmung ergab eine deutliche Mehrheit der Verordneten für den Ergänzungsplan. Der Antrag des Jugendhilfeausschusses auf Erhöhung der Mittel zur präventiven Jugendarbeit fand erwartungsgemäß nicht die erforderliche Stimmenmehrheit. Überraschend verliefen die Abstimmungen zu den Anträgen der Linksfraktion auf Wiedereinrichtung der Stelle der Verwaltungsleiterin für die Rudolf-Virchow Oberschule sowie des Antrags der CDU auf Erhöhung der Investitionsmittel für das Haushaltsjahr 2010. Trotz eindeutig positiver Stellungnahme des Hauptausschusses fand der Antrag der LINKEN mit 19 Ja zu 19 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen keine Mehrheit. Nach kurzer Auszeit und Beratung der Linksfraktion fiel im Anschluss der Antrag der CDU-Fraktion mit deutlichem Ergebnis durch. Politiker beider Parteien bedauerten die Abstimmungsergebnisse und signalisierten Gesprächsbedarf. **Torsten Kläring**

Der „LINKE“ als Gewerkschafter (Ein Leserbrief)

Die IG BAU ist Mitglied der Tarifgemeinschaft, die sich seit Jahren mit dem rot-roten Senat auseinandersetzt. In der IG BAU sind nicht nur Bauleute, sondern auch Gebäudereiniger, Wohnungswirtschaftler, Industrielle Dienstleister, Forstleute, Gärtner und Landwirte u. a. vereint. Unschwer lässt sich daran erkennen, dass derer etliche auch in Lohn und Brot des Landes Berlin stehen.

Am Dienstag, dem 28. Oktober fanden sich zur alle vier Jahre statt findenden Wahlversammlung nur 15 der immerhin mehr als 1.000 Mitglieder des Marzahn-Hellersdorfer Ortsverbandes der IG BAU in der Gaststätte „Zur S-Bahn“ in Kaulsdorf ein. Das sind 1,46%. Ein einzelnes Mitglied der LINKEN darunter.

Jedes Mitglied erhält die Monatszeitschrift „Der Grundstein/ Der Säemann“ mit der zweimaligen Vorankündigung und wurde darüber hinaus für diese Versammlung persönlich schriftlich eingeladen! Auch in den Sprecherberatungen der LINKEN wurde auf den Termin verwiesen. Mir sind mindestens drei weitere GenossInnen unseres Bezirksverbandes bekannt, die ihren gewerkschaftlichen Beitrag an die IG BAU entrichten.

Die Wahl konnte der mangelnden Bereitschaft wegen nicht vollzogen werden. Wie das Problem zu lösen ist, weiß heute noch niemand. Vorerst bleibt der alte Ortsvorstand bis zum Jahresende kommissarisch im Amt. Nachsatz: vier der Vorstandsmitglieder, auch ich, kandidieren erneut.

Bernd-R. Lehmann

Infosplitter

Musikschule mit neuem Namen

Die Musikschule Marzahn-Hellersdorf erhielt am 11.10.2008, anlässlich ihres 25-jährigen Jubiläums, den Namen des zeitgenössischen Komponisten Hans-Werner Henze. Für diesen Namen hatten sich Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schüler und Eltern entschieden.

Markthalle Landsberger Tor

Trotz aller Bemühungen: Alle Gespräche, die mit den verschiedensten Discountern geführt wurden, sind ergebnislos geblieben. Die bauliche Situation der Markthalle ist für einen Discounter ungeeignet. Hinzu kommt, dass die Anlieferungsmöglichkeiten sowie ein ausreichendes Parkplatzangebot nicht vorhanden sind.

Schöne Aussichten

Zur Zeit sind im Wuhletal folgende Aussichtspunkte vorhanden:

- 1 Behindertengerechter Spielplatz an der neuen Wuhle - Blick über den Seelgraben,
- 2 Kletterturm (nur beschränkter Zugang) - 360-Grad-Blick auf Berlin und das Umland,
- 3 Ahrensfelder Berge - 360-Grad-Blick auf Berlin und das Umland,
- 4 Plattformen im Wiesenpark - Blick über das Wuhletal,
- 5 Hügel Kyritzer Straße - Blick nach Marzahn, nach Hellersdorf, über das Wuhletal,
- 6 Kienberg - Blick auf Berlin, auf Hellersdorf, auf Marzahn, auf NABU-Biotope,
- 7 Jelena-Santic-Friedenspark - Blick auf NABU-Biotope, Hellersdorf, Marzahn,
- 8 Feldberger Ring - Blick auf Wuhletal, Wuhleteich, NABU-Biotope, Marzahn,
- 9 Höhenweg am Sonnenkieker - Blick auf Wuhletal, Wuhlezusammenfluss, Marzahn,
- 10 Sitzplatz Biesdorfer Promenade - Blick auf das Wilhelm-Griesinger-Krankenhaus,
- 11 Biesdorfer Höhe - Blick auf Mahlsdorf, Biesdorf, Kaulsdorf,
- 12 Schilkin-Plattform - Blick auf das alte Dorf Kaulsdorf,
- 13 Schmetterlingwiesen - Blick auf Wuhletal und Schmetterlingwiesen,
- 14 Hadubrandtstraße - Blick auf den Wuhlesee,
- 15 diverse Bänke an interessanten Stellen im gesamten Wuhletal.

Bäume pflanzen

Nachdem die Fällung von Bäumen im Rügenwalder Weg für viel Ummut bei AnwohnerInnen und viel Kritik in der BVV geführt hatte, sollen noch in diesem Jahr neue Bäume gepflanzt werden.

Mitglieder der LINKEN im Bezirk melden sich zu Wort:

Auf der jüngsten Hauptversammlung der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf wurde der Wunsch geäußert, dass die eigene Parteibasis mehr zu Wort kommen müsse, besonders im monatlichen Infoblatt „Marzahn-Hellersdorf links“. Die Resonanz war groß.

Kompetenter Gast

Thema unserer Basisgruppenversammlung war die Auswertung des Landesparteitages. Wir hatten Glück, Norbert Seichter nahm unsere Bitte an, in unsere Basisgruppe zu kommen. Die Einladungen wurden also per E-Mail versandt bzw. unseren GenossInnen überbracht. – Aber wie das Leben eben so spielt: Norbert musste bei uns absagen.

Auf dem Parteitag stand im Mittelpunkt der Leitantrag zum Thema „Starke Bezirke für ein starkes Berlin“. Wir als DIE LINKE stellen hier in Marzahn-Hellersdorf die Bürgermeisterin und zwei Stadträte. Deshalb waren wir der Meinung, dass wir jemand brauchen, der uns in der Basisgruppe mit Sachkunde informiert – das war schließlich Regina Kittler, die stellvertretende Vorsitzende unserer BVV-Fraktion. Sie hat unser politisches Verständnis zu den komplizierten (finanziellen) Beziehungen zwischen dem Land Berlin und den Bezirken gestärkt. Es ging um Finanzmittel für Kinder und Eltern in Not; um Hilfen zum Leben und zur Erziehung – und woher die dafür notwendigen Mittel kommen sollen. So sind wir in der Diskussion auch bei den Auswirkungen der Bankenkrise gelandet, die am Ende nicht ohne tiefe Einschnitte auch in die Finanzen an unserem Bezirk vorbeigehen wird. Wir haben über den Bürgerhaushalt geredet, ein großes Projekt der LINKEN in unserem Bezirk, wo offenbar noch ein weiter Weg vor uns liegt und in dem besonders das Engagement unserer Genossin Ammelie Rau zu vermerken ist. Und Herr Sarrazin? Eigentlich forderten alle GenossInnen seine Entlassung. Aber mit dem gleichen Thema hat sich vorher schon der Landesparteitag befasst. Wilfried Maier hat über den dort gefassten Beschluss informiert. Wir haben diesen Beschluss des Parteitages zur Kenntnis genommen – aber die Empörung bleibt. **Erika Driedger, BO 58**

Bürgernahe Basisarbeit

Wenn wir unseren monatlichen Informationsstand bei Kaiser's an der Marzahner Promenade aufstellen, dann werden wir schon von vielen Anwohnern erwartet. Dabei geht es nicht nur um die Verteilung von „Marzahn-Hellersdorf links“, sondern das Gespräch ist gewünscht. Wir stellen dabei fest, dass die Frustration, die Wut zu der Politik der Bundesregierung immer größer wird. In gleichem Maße nimmt aber auch die Resignation zu. „Wir können ja doch nichts tun, die machen sowieso was sie wollen, am besten man geht nicht mehr zur Wahl.“

Da sind dann unsere Vorhaben im Kiez von großer Bedeutung. So die Verlängerung der Brücke über die Märkische Allee mit behindertengerechtem Zugang zum Friedhof, die Aufwertung der Marzahner Promenade und die Möglichkeit der Mitsprache der Anwohner auf einer Anwohnerversammlung. An dem Wahrheitsgehalt unserer Aussagen werden wir gemessen. Und da tut es sehr weh, wenn dann entschieden wird „keine Bürgerversammlung zur Aufwertung der Promenade“. Probleme gibt es bei der Basisarbeit der Volkssolidarität. Da haben wir beschlossen, Edith Vollard soll zu ihrem, eigentlich unserem Problem, sprechen. Sie tat das auf unserer jüngsten Versammlung – und mit Erfolg. So konnte sie mir mitteilen, dass sich danach zwei Genossen gemeldet hätten und ihr helfen werden. Ich war richtig stolz. Ich denke, so wird mehr und mehr unsere Basisarbeit aussehen müssen. Wir müssen den Bürgern die Möglichkeit geben, ihre Anliegen bei uns deutlich zu machen. In der Kiezpolitik, aber auch in der großen Politik. Sie müssen ihre Meinung und Vorschläge bei uns einbringen und wir diskutieren gemeinsam die beste Lösung. Was sagt Ihr dazu?

Bodo Lützenberg, Basissprecher

Gedanken zur Geschichte

Die Bilanz unserer Arbeit ist gut. Viele unserer gesteckten Ziele konnten erreicht werden, wie in den Berichten auf der Hauptversammlung deutlich dargelegt wurde.

Doch bei mir kamen auch Fragen auf, wie diese: Wer hat eigentlich die Deutungshoheit über die Geschichte der DDR? Sind es diejenigen, die bestrebt sind, diesen Staat mit allen Mitteln zu delegitimieren, ihn auf Stasi, Diktatur, Unfreiheit ... zu reduzieren, um von ihren eigenen Problemen und systemimmanenten Gebrechen abzulenken und den Kapitalismus damit schönzureden? Vielleicht sind es auch diejenigen, die zwar in der DDR geboren wurden, sie aber nicht bewusst erleben konnten? Oder sind es vielmehr die Menschen, die jahre- und jahrzehntelang in dem Land gelebt, gelernt, gearbeitet und es auch mitgestaltet haben, in allen Bereichen?

Eine andere Frage, die mich bewegt: Ist dieses System das bessere, nur weil wir unsere Meinung relativ frei äußern und weil wir als Partei darin wirken können? Ich meine: Allein dadurch wird dieses Land nicht demokratischer, volksherrschaftlicher, als es die DDR war. Und wo wird der Wille der Mehrheit des Volkes geachtet? Bei Entscheidungen der Bundesregierung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, bei der Sozialgesetzgebung, bei der Bildung ..., oft ohne im Bundestag darüber abzustimmen?

Ein weitere Frage: Wir haben eine gute Bilanz gezogen, hätte sie aber nicht besser sein können? So z. B. ist klar, dass auf Grund der demografischen Entwicklung im Bezirk nicht mehr alle Schulen, Kindergärten und -krippen erhalten werden können. Wurden und werden aber alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die Abrisse zu minimieren, indem darum gerungen wird für die Gebäude andere Verwendungen, vielleicht auch zeitweilige, zu erschließen, so als Ateliers, als Lofts, als Einrichtungen für betreutes Wohnen? Warum wurden konkrete Anforderungen nicht berücksichtigt und für eine Nutzung als Behinderten-Werkstatt vorgeschlagene Objekte abgerissen? **Olaf Junghanns**

Anregungen zum Umgang mit der Geschichte

Im überfülltem Veranstaltungsraum im Kulturgut Marzahn erläuterte Prof. Dr. Stefan Doernberg am 14. Oktober, was den Ältestenrat der LINKEN, dessen stellv. Vorsitzender er ist, bewegte, den Mitgliedern und einer interessierten Öffentlichkeit „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte“ vorzustellen. Ausgangspunkt war und ist die große Rolle, die das Geschichtsverständnis für jede Partei spielt. Das Anliegen des Ältestenrates war es nun, einen Anstoß zu geben, neben dem kritischen Aufarbeiten mehr mit den positiven Traditionen der sozialistischen Bewegungen der Vergangenheit in die heutige Gesellschaft zu wirken. Wie will man z. B. die Jugend für den Sozialismus gewinnen, wenn ununterbrochen nur die negativen Erfahrungen vermittelt werden. St. Doernberg betonte, dass mit den „Anregungen“ keine

Beschlussvorlage beabsichtigt war, sondern auf ihres Erachtens diskussionswürdige Probleme aufmerksam gemacht werden sollten. Als ein Beispiel nannte er die Frage, was das wichtigste Ereignis des 20. Jh.s ist; die Oktoberrevolution oder der Sieg über den Faschismus. Wer das eine dem anderen vorzieht, verkennt den Zusammenhang zwischen beiden. Oder: die Oktoberrevolution fand am falschen Ort statt. Sicher wären Deutschland oder Frankreich eine idealere Region gewesen, aber wer kann garantieren, dass sie dort einen anderen Verlauf genommen hätte.

Nach den einleitenden Worten entwickelte sich eine äußerst lebhaft und auch kontroverse Diskussion. Hier eine kleine Auswahl der Themen:

– Angesichts der nächsten Jahrestage (1939,

1949, 1989) waren alle Teilnehmer von der Notwendigkeit einer Geschichtsdebatte überzeugt. Etwas überraschend sah die Vertreterin der Historischen Kommission der LINKEN die Gefahr einer Verselbständigung einer solchen Debatte.

– Zum Stand der Forschungen über beide deutsche Staaten wurde Nachholebedarf zum Gegenstand „West-Linke“ aber auch der Linken in der DDR neben bzw. gegen die SED angemeldet.

– Von einem Teil der Diskutanten wurde das neue Programm der LINKEN angemahnt, andere lehnten einen „Schnellschuss“ ab; alle waren einig darin, dass zunächst ein Aktionsprogramm angesichts der Wahlen 2009 erforderlich ist.

Dr. Ingrid Matschenz

Charly M. zeigt Rote Karte

Herr Ackermann will mehr Staat, Angela Merkel spricht von Systemkrise und tut nun alles nur für das Volk und der Ich-spare-erbarmungslos-Finanzminister Steinbrück zieht mal eben so 500 Milliarden Euro aus dem Staatssäckel.

Der Erkenntnisgewinn aus den letzten Wochen: Viel Geld für Totalversagen. Scheiße gebaut, die Herren Kumpane, Vorstandsmitglieder, Bankenchefs und Insider. Und sie hören nicht auf damit. Aber nicht doch. Mit einer halben Billionen Spende, auch Rettungsschirm genannt, machen die Geschäfte doch wieder richtig Spaß. Bis zum nächsten Mal...

Die Satiriker schreien auf, denn sie können mit keiner noch so scharfen Pointe den real existierenden Kapitalismus übertreffen. Na ja, „Deutschland, peinlich Vaterland“. So heißt das neuste Programm des politischen Kabarets Charly M. in der Karl-Marx-Allee 133.

Das ist die neue Adresse des Ensembles, das bisher als Kabarett Cartoon im Springer-

Hochhaus Geist und Gesellschaftskritik versprühte und nun als Charly M. passenderweise in der Karl-Marx-Allee dem Zeitgeist und seinen Marktschreibern die rote Karte zeigt.

Wie gesagt: Die Wirklichkeit ist schwer zu toppen. Kaum ein Quäntchen Scham bei den Herren aus den Polit-Büros und aus der maroden Finanzwirtschaft. Handeln ohne Moral, Anstand und Vernunft ist inzwischen Normalität.

„Abwesenheit von Schamgefühl ist das sicherste Zeichen von Schwachsinn“ sagte Sigmund Freud. Was macht man da? Die Kabarettisten von Charly M. haben aus dieser Wirklichkeit gleich mehrere Programme gemacht – und jeden Tag ist Vorstellung. Zum Ensemble gehören Sabine Genz, Franziska Hentschel, Peter Thomsen und Lina Wendel. Künstlerischer Leiter ist Peter Tepper.

Karten gibt es unter 030 42020434, an jeder Theaterkasse und natürlich vor Ort in der Karl-Marx-Allee, neben dem Kosmos.

Tina Mann



Aus den Siedlungsgebieten

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf :

Für ein Berliner Wasserversorgungskonzept!

Die LINKE unseres Bezirkes tritt dafür ein, dass ein ökologisches und ökonomisches Berliner Wasserkonzept entwickelt wird. Wir regen erneut an, dass – bei Einbeziehung des VDBG – ein Gremium unseres Landesverbandes DIE LINKE sich mit dem Berliner Wasser von der Quelle, über die Verteilung bis zur Rückführung in den Wasserhaushalt befassen soll. Dabei ist zugleich über die Möglichkeiten der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe zu beraten.

Nach einer Untersuchung des Worldwatch-Instituts werden im Jahre 2025 über vierzig Prozent der Weltbevölkerung mit Wasserknappheit leben müssen. Die vorhandenen Seen, Feuchtgebiete, Kanäle und Flüsse werden durch den eintretenden Klimawandel und der wachsenden Weltbevölkerung ökologisch bedroht. Schon heute haben vor dem Hintergrund wachsender Städte und des Klimawandels 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,6 Milliarden Menschen besitzen keine hy-

gienisch sichere Entsorgung des Abwassers. Wasser, Schichtenwasser, Abwasser, Fragen der Wassertarife, der Wasserverbrauch sowie Trinkwasserschutz sind globale Fragen, die vor Ort lokal zu politischen Beschlüssen führen müssen – so auch bei uns. Beim Anschluss der Kanalisation in Mahlsdorf Nord hat sich gezeigt, dass die LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus in Zusammenarbeit mit der Basis vor Ort und mit Mitgliedern des VDBG durchaus erfolgreiche Arbeit leistet und es zeigte sich, dass eine solche Arbeit bei Einbeziehung der Anwohnerinnen erfolgen kann. Deshalb werden wir im November 2008 gemeinsam mit Uwe Döring (Mitglied des Abgeordnetenhauses), Eberhard Roloff (Basisvertreter der LINKEN und des VDBG) sowie mit unserer Fraktion des Bezirksparlaments unsere Arbeitsergebnisse und Ziele bei einer Einwohnerversammlung zur Diskussion stellen.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der Linken in der BVV

Schulbesuche

Vor den Herbstferien besuchte ich vier verschiedene Schulen im Wahlkreis, um mir ein Bild über den Schuljahresstart zu machen. Ich fand überall engagierte Kollegien und mit Leidenschaft arbeitende Schulleiter. Die Häuser sind in einem geradezu vorbildlichen Zustand. Die Schulen in Marzahn-Nord/West und -Ost können zu Recht darauf verweisen, dass das „Schulklima“ bei ihnen gut ist. Dabei gilt der Marzahn Norden als problematische Gegend.

Aber nach dem jüngsten Bericht des Bildungssenators müsste sowieso alles zum Besten stehen: Unser Bezirk hat eine Personalausstattung im LehrerInnenbereich von 100 % des Bedarfes. Das ist Prof. Zöllners Zielgröße. Konkret sind das 1293 Stellen, sechs Personalstellen mehr, als der rechnerische „Bedarf“ ausmacht. Nur sagt das weder etwas über die Absicherung des Fachunterrichtes noch über die „innere“ Beschaffenheit der Lehrerschaft aus. Der Altersdurchschnitt liegt in Berlin bei 52 Jahren. Die Belastbarkeit der Kollegien hat objektive Grenzen erreicht. Die Klassen sind voll und 26 Pflichtstunden kein Kinderspiel. Das hat Auswirkungen auf die Krankheitsrate. 100 % Lehrerausstattung bedeuten konkret: Wenn bei einer großen Schule mit ca. 1000 Schülern 10 Kolleginnen ausfallen, sind nur knapp 90 % des Unterrichts gesichert. Der „Rest“ müsste vertreten werden. Davon lassen sich etwa 180 Stunden per Anweisung abdecken, 50 Stunden fallen ersatzlos aus. Nach drei Wochen Unterricht gibt es dann rechtlich überhaupt keine Vertretungsmöglichkeit mehr. 100 % Personal entsprechen also in der Realität einer Personaldecke von 90 %. Ganz schwierig wird es bei Schulen mit kleineren Kollegien und mit einem hohen Anteil von Schülern mit Förderbedarf. Angesichts dieser Zahlen ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Berlin die sonderpädagogischen Einrichtungen abschaffen will. Hier tobt sich Ideologie zulasten der Kinder aus. Die beabsichtigte Zusammenführung von Haupt- und Realschulen dagegen wird zumindest von ersteren begrüßt. Nur darf dies nicht zu Personalabbau führen: Wenn von 295 Schülern 40 besonderen Förderbedarf haben, so ist der nicht durch eine neue Schulstruktur erledigt. Und manche Personaleinsparung ist töricht: Die Verwaltungsleiterin der Virchow-Schule in den Stellenpool zu schicken, um den Bezirksetat zu entlasten, zerstört in langen Jahren Aufgebautes, was mit den Wert dieses Schulstandortes ausmacht.

Ich habe bei allen Problemen einen guten Eindruck von den Schulen im Wahlkreis gewonnen. Aber Schule steht und fällt mit der Arbeit der LehrerInnen. Die Verweigerungshaltung des Senates in Sachen Tarifverhandlungen ist nicht länger tragbar.

Wolfgang Brauer (Mda)



Kein Raum für Nazis: Bericht von der Kundgebung am 18. Oktober 2008.

**Außerdem: Enteignung oder BGE?
Und: N wie Neoliberalismus**

Kein Raum für Nazis!

Am 18. Oktober demonstrierten ca. 200 Menschen am Helene-Weigel-Platz und am Alice-Salomon-Platz gegen den Aufmarsch von lokalen und angereisten Neo-Nazis. DIE LINKE, Marzahn-Hellersdorf sowie die lokalen Parteien von SPD und Bündnis-Grünen hatten zum Gegenprotest aufgerufen.

Auf den Kundgebungen sprachen unter anderem die direkt gewählte Marzahn-Hellersdorfer Bundestagsabgeordnete Petra Pau sowie VertreterInnen der aufrufenden Parteien.

Mit populistischen Parolen versucht die NPD, Angst zu schüren und aus verabscheuungswürdigen Verbrechen Kapital zu schlagen. Die Neo-Nazis nutzen grausame Verbrechen an Kindern, um ihre simplen und irrationalen „Lösungen“ von Selbstjustiz und drastischen Strafen anzubieten.

Dass Nazis öffentlichen Raum einnehmen, ist nicht akzeptabel. Die demokratischen Parteien und Gruppen des Bezirkes haben in den vergangenen Jahren aktiv im Kampf gegen

Rassismus, Sexismus und Antisemitismus zusammengearbeitet. Das ehrenamtliche Engagement außerparlamentarischer Gruppen und die Zusammenarbeit von bezirklicher Verwaltung, freien Trägern und Bürgerinitiativen hat ein besseres Bewusstsein im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen bewirkt.



Der Aufmarsch der Nazis macht deutlich, dass dieses Engagement weiter gefordert ist. Heute gilt es, braunen Parolen auch auf der Straße mit demokratischen Alternativen zu begegnen.

Ungeschönt muss gesagt werden, dass die DemokratInnen künftig verstärkt daran arbeiten müssen, Neo-Nazis sichtbar starken Protest entgegenzusetzen.

Bjoern Tielebein

N wie Neoliberalismus

Der Terminus Neoliberalismus wird heute sehr oft, meist jedoch falsch, verwendet. Politik gilt als neoliberal, wenn sie Privatisierungen durchführt, Sozialleistungen kürzt oder die Unternehmenssteuern senkt. Auch die globale Wirtschaft, wie wir sie heute kennen, wird als typisch neoliberal bezeichnet. In linken Kreisen wird der Neoliberalismus für die übertriebene angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verantwortlich gemacht.

Dabei vergessen viele bzw. wissen dies gar nicht, dass es eine Gruppe von WirtschaftswissenschaftlerInnen war, welche sich als neoliberal bezeichneten. Diese Gruppe versuchte in den 1930er und 40er Jahren herauszufinden, ob und wie der Liberalismus mit den Problemen der Zeit (z.B. Totalitarismus, Protektionismus) umgehen könnte.

Entgegen dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts stellt sich der Neoliberalismus gegen das freie Spiel der Marktkräfte. Stattdessen forderten Neoliberale einen starken Staat, welcher sich für sozialen Ausgleich und Chancengleichheit einsetzt. Auch die Kontrolle von Monopolen und Kartellen wurde angestrebt. Neoliberalismus ist die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft in der BRD.

Nicht Neoliberalismus ist verantwortlich für die Probleme dieser Welt, sondern Renditesucht der AnlegerInnen und folglich auch der Unternehmen. Es müssen die Dinge schon beim richtigen Namen genannt und differenziert betrachtet werden, damit sich linke Kritik an der Wirtschaft nicht nach phrasenhafter Propaganda anhört.

Christian Schwinge

Grund und Boden und die Produktionsmittel

Was ist notwendig, um eine bessere Gesellschaft zu erreichen? Es gibt immer wieder Stimmen aus unserer Partei, die reflexartig die Änderung der Eigentumsverhältnisse an Boden und Produktionsmitteln fordern. Doch ist dies tatsächlich die entscheidende Veränderung, die zu einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums führt?

Es ist schon immer ein Problem von Linken gewesen, dass sie die bestehenden Verhältnisse umkehren wollten. Auf diese Weise würden die Benachteiligten profitieren und die Übervorteilten ihre Privilegien verlieren, so die Theorie. Mal abgesehen davon, dass dies in keinem sozialistischen Land jemals geglückt ist, ist diese Herangehensweise keineswegs nachhaltig: Diejenigen, die heute die entscheidenden Machtstrukturen in der Wirtschaft inne haben, sind auf dem besten Weg, einen Fehler nicht zu machen. Es gelingt der Wirtschaft mehr und mehr, in zukünftig entscheidenden Bereichen Fuß zu fassen, z.B. in der Forschung. Wir leben nicht mehr in einer klassischen Industriegesellschaft. Die Produktion von Gütern wird zukünftig nicht mehr den entscheidenden Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand ausmachen, da die Produktion schon heute in vielen Bereichen vollautomatisch abläuft. Eine Art Verstaatlichung von Boden und Produktionsmitteln würde eine drohende Machtkonzentration bei wenigen Kommunikationskonzernen oder den Ausverkauf der Bildung nicht aufhalten.

Um dauerhaft eine gerechte Verteilung zu gewährleisten, muss vor allem der Zugang aller am gesellschaftlichen Leben erreicht werden. Die Verstaatlichung bestimmter Schlüsselindustrien oder bspw. von Stromnetzen kann dabei helfen, aber eine Enteignung von Wissen oder Informationsquellen ist wohl kaum möglich. Bis eine gerechtere Welt existiert, kann nur eine Art von Umverteilung Abhilfe schaffen. Dies ist das bedingungslose Grundeinkommen, welches dazu beiträgt, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Wenn irgendwann eine ideale Welt existieren sollte, wird das bedingungslose Grundeinkommen nicht mehr nötig sein.

Christian Schwinge

Veranstaltungen

» **11.11., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Neue Medien - alte Kommunikation? Was machen die Medien mit uns - und wir mit ihnen? Hat uns die digitale Revolution außer noch mehr Geschwindigkeit, außer noch mehr Apparate zwischen uns etwas gebracht? Die neue Mündlichkeit - jetzt!!!“, Referent: Lutz Potschka, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **12.11., 18 Uhr**, Deutscher Bundestag, Reichstagsgebäude, Raum 3 S 039, Clara-Zetkin-Saal, „Frauen in der Zange von Kirche, Staat, Tradition und Armut“ Kämpfe um reproduktive Rechte in Polen, Russland und Südafrika, Veranstaltung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Anmeldung per Fax unter 030/227-56544 oder per E-Mail: veranstaltung@linksfraktion.de, Betreff: Frauen

» **16.11., 10.30 Uhr**, Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin, **Irina Liebmann** stellt ihr **Buch** vor: „Wäre es schön? Es wäre schön - Mein Vater Rudolf Herrnstadt.“, Veranstalter: Buchhandlung im KiK, Steinstatt e.V., Peter-Weiss-Bibliothek (Berlin-Brandenburgische Buchwochen 2008), Eintritt: 5, erm. 3 Euro

» **18.11., 19 Uhr**, „Kieztreff interkulturell“, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, „**Datenklau per Telefon und Bürgerrechte**“, mit Dominic Heilig, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Datenschutzbeauftragten der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Moderation: Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, MdB, DIE LINKE, Verbraucherpolitische Sprecherin

» **19.11., 18 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, Petra Pau lädt ein zu „**Einer trage des anderen Last**“, zu Gast: **Peter Sodann** und Sängerin **Vanessa Maurischat**

» **19.11., 19.30 Uhr**, Kiezkclub Murtzener Ring 15 (KIZ), 12681 Berlin, **Diskussionsabend** zu aktuellen Fragen der Politik der LINKEN mit Klaus Lederer (Landesvorsitzender), öffentliche Versammlung der BO 20, Themenvorschläge und Fragen zur besseren Vorbereitung bitte möglichst bis 10.11. an G. Schumann (030 5415616/dr-schumann@web.de) oder H. Matschenz (03342 318140/ihmatschenz@kabelmail.de)

» **21.11., 19 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, „**Musik und Politik im Schloss**“ mit Bärbel Holzheuer-Rothensteiner und Carl Wechselberg (MdB), Regina Kittler (BVV), Mick's Washboard mit Blues und Jazz der 20er Jahre

Hinten links

Geld verliert stetig an Wert.

Inflation wird das genannt. Solange dieser Prozess schleichend vor sich geht, empfindet die Allgemeinheit es als ganz normal.

1988 bereits hatte der Finanzstabilitätspakt „Basel I“ in mehr als 110 Ländern mittels nationaler Gesetze Gültigkeit erlangt. 2004 wurde, der fortschreitenden Globalisierung Rechnung tragend, „Basel II“ vereinbart und sollte bis 2006 verbindlich eingeführt werden.

Um einer zu starken Inflation zu begegnen, griffen Regierungen bzw. deren Zentralbanken selten zum Instrument der Geldabwertung.

1945 werteten die Alliierten die [RM] - Sparguthaben 1:10 ab.

1948 führten sie in den Westzonen separat die D-Mark ein.

Die 1949 in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin nachgezogene Währungsreform wurde mit einer Geldabwertung verbunden.

1990 erfolgte die Währungsunion mit einer Abwertung der privaten Sparguthaben der DDR-Bürger 1:2 bzw. 1:4.

Als zum 1.1.2002 der EURO eingeführt wurde - erfolgte das 1:1,95833 - in der Tat ließen jedoch einige Unternehmen die Preise gleich stehen und erneuerten nur die Währung.

Die fünfte Geldabwertung, die die berentete Kriegsgeneration erleben wird, ist infolge der momentanen globalen Finanzkrise bereits in Sicht. Vermutlich wird der US-Dollar kurz nach der US-Präsidentenwahl am 4. November abgewertet werden.

Dem könnte dann die „Teuro“ - EZB nicht tatenlos zusehen.

Frage

Wie stark werden diese wahrscheinlichen Geldabwertungen zu Buche schlagen und wer spricht heute noch von „Basel II“? **R. Rüdiger**

Bezirksvorstand

» **12.11. und 26.11.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **3.12.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **3.12.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **4.12.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26

» **4.12.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» **24.11., 19.30 Uhr**, „Kieztreff interkulturell“, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Kuba Aktuell „Unter Raul Castros Führung Bekämpfung der verheerenden Folgen der Wirbelstürme“, informativer Abend mit der Botschaftsrätin der Botschaft Kubas, Maria Esther Fiffe

» **20.11., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» **25.11., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BO Xtern

» **14.11., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12

AG Frauen

» **16.11., 18 Uhr**, „Hafen“, Schwarzburger Straße 10, 12687 Berlin, Brauchen wir einen Feminismus des 21. Jahrhunderts? - Und was würde das konkret für uns Frauen im Bezirk bedeuten? Alle Interessentinnen sind herzlich eingeladen.

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **11.11., 18 - 19.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **17.11., 18 - 19 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin

» **19.11., 14 - 16 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **20.11., 11 - 14 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdB), Stadtteilzentrum „Mosaik“, Altlandsberger Platz 2, 12685 Berlin

» **24.11., 16 - 17 Uhr**, **Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, **BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Geschlossen:

Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE, Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 3.11.2008. Auslieferung ab: 4.11.2008. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 4.12.2008 und 15.1.2009.